

Antrag

der Abgeordneten Tauchner, Waldhäusl, Königsberger, Ing.Huber, Schwab und Sulzberger gem. § 32 LGO 2001

betreffend: **Wertanpassung der österreichischen Familienleistungen**

Im Unterschied zu den Pensionen werden Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und der Kinderabsetzbetrag nicht regelmäßig erhöht, um die Inflation abzugelten.

Der Verlust, der durch die unterlassenen Erhöhungen der Familienleistungen in den letzten Jahren für die Familien entstanden ist, hat mittlerweile eine Höhe erreicht, die eine nun durchzuführende Anpassung nicht nur rechtfertigt, sondern auch dringend erfordert.

Die letzte Erhöhung des Grundbetrages der Familienbeihilfe liegt acht Jahre zurück und betrug damals 1,80 Euro pro Monat. Seit damals hat die Familienbeihilfe real über 20% an Wert verloren.

Familien mit Kindern leiden aktuell besonders unter den hohen Lebenshaltungskosten. Viele trauen sich daher ein sorgenfreies Leben in einer kinderreichen Familie nicht mehr zu. Es ist daher ein Gebot der Stunde, Familien durch massive Entlastungen im Rahmen einer gezielten Familienförderungs politik diese Sorgen zu nehmen.

Nur mit einer jährlichen Valorisierung der Familienbeihilfe und aller anderen Familienleistungen wird den Familien signalisiert, dass ihre Leistungen auch entsprechend gewürdigt werden. Punktuelle Einzelmaßnahmen würden Familien nur zu „Almosenempfängern“ machen.

Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) hat sich, wie viele Familienverbände in Österreich, für eine automatische Inflationsanpassung ausgesprochen.

Die Bundesregierung ist somit gefordert, den Wertverlust, der durch die bisher unterlassene Anpassung für die österreichischen Familien entstanden ist, auszugleichen und in Zukunft eine jährliche Indexanpassung der Familienleistungen vorzusehen. Wir erachten dies als ein notwendiges Signal zur Stärkung der Familien.

Die Gefertigten stellen daher den folgenden

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Kinderbetreuungsgeld, die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag an den Wertverlust der vergangenen Jahre angepasst und in Zukunft eine jährliche Indexanpassung der genannten Familienleistungen vorgesehen wird.
2. im eigenen Wirkungsbereich, eine entsprechende Anpassung der Familienleistungen des Bundes vorausgesetzt, auch eine jährliche Indexanpassung des NÖ-Familienzuschusses vorzunehmen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 26. Februar 2009 möglich ist.